

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/43

4. März 1975

Wirksamkeit bleibt oberstes Prinzip I

Der Terrorismus muß besonnen und zielsicher bekämpft werden

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
des Innern

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Gestörtes CDU-Verhältnis zur Demokratie

Filbingers mißlungener Start in die Kernkraftwerkcapache

Von Claus Weyrosta MdB
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württem-
bergischen Landtag

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Kunst lebt nicht ohne Brot

SPD zieht erste Konsequenzen aus dem "Künstler-Report"

Von Dieter Lattmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Naive Schulbuchvorstellungen reichen nicht

Zu Ulrich Lohmars viel diskutiertem Buch "Das Hohe Haus"

Seite 7 und 8 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hauswille 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 848 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Wirksamkeit bleibt oberstes Prinzip!

Der Terrorismus muß besonnen und zielsicher bekämpft werden

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
des Innern

Nach der Ermordung des der SPD angehörenden obersten Berliner Richters Günther von Drenkmann ist das Entführungsverbrechen an dem Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz ein neues Beispiel jenes akropellosen Terrors, der sich gegen unsere Demokratie richtet und jeden Demokraten persönlich trifft. Daß dieser Anschlag auch auf die Berliner Wahl gezielt worden ist, mag von allem Unheil am leichtesten zu tragen sein. Der demokratische Rechtsstaat aber, der vom Willen und der Zustimmung seiner Bürger getragen wird, droht schweren Schaden daran zu nehmen, daß die wertvollsten seiner Grundsätze durch ein Erpressungsmanöver außer Kraft gesetzt werden. Jeden einzelnen Bürger muß die Vorstellung menschlich erschüttern, daß eine Handvoll Menschen sich das Recht anmaßt, ihren politischen Willen nicht durch werbende Überzeugung, sondern durch Mord und kaltberechnete Morddrohungen durchzusetzen.

Daß die Bürger in unserem Land aufgewöhnt sind, daß sie die staatliche Reaktion in Form energischen Durchgreifens fordern, ist nur zu verständlich. Durch erfolgreiche Fahndung und harte Strafen haben Exekutive und Gerichtsbarkeit schon in der Vergangenheit den Terrorismus entschlossen bekämpft. Natürlich wird jetzt die Forderung laut, mit wiederholten und noch härteren Zugriffen auf den unerhörten Angriff zu reagieren. Bei allem Ungestüm und allem ungeduldigen Verlangen nach harten Maßnahmen bleibt jedoch Grundforderung für solches Vorgehen: Zugriffe sollen Erfolge haben, Abwehrmaßnahmen sollen wirksam mit dem Spuk des terroristischen Untergrundes aufräumen.

Wer dieser vorrangigen Notwendigkeit genügen will, muß den Zeitpunkt und die Form staatlichen Handelns nach der Erfolgsaussicht bestimmen. Drängende Erwartungen der Bürger können diese Erfolgsaussichten nicht ersetzen. Ist der Zeitpunkt für eine Aktion nicht gekommen, weil die notwendigen Erkenntnisse erst gesammelt werden müssen, so wäre die trotzdem durchgeführte Maßnahme übereilt und verfehlt. Dem Bürger imponiert zwar im Moment die sichtbare Härte staatlicher Macht, der bald erkennbare Fehlschlag aber wird ihn umso mehr deprimieren. Was er selbst zunächst ertrotzt hat, wird ihm später als leichtfertig und als Schwächezeichen erscheinen.

Andererseits ist klar, daß bei Anhaltspunkten für einen erfolgreichen Schlag gegen Terroristen die Abwägung gegen etwa dabei gefährdete Rechtsgüter die schlimme Erfahrung auch der letzten Tage mit einbeziehen muß. Die Ausräumung dieses gefährlichen Krankheitsherdes in unserem Gemein-

Wesen liegt so sehr im Interesse aller Bürger, daß jeder bereit sein muß, im Einzelfall auch einmal das Opfer unverdienter Nachteile zu erbringen. Unsere bewährte Rechtsstaatlichkeit stellt sicher, daß solche Opfer nicht von Dauer und nicht von allzu großem Gewicht sein können. So unangenehm kann z.B. keine unbegründete Kontrolle oder Durchsuchung sein, daß staatliche Organe und die für unsere Sicherheit Verantwortlichen untätig bleiben müßten, um solche Belastungen des Bürgers zu vermeiden.

Die Fortführung der gezielten und umsichtigen Aufklärung über das Wesen des politischen Terrorismus ist ein weiteres wichtiges Mittel im Abwehrkampf. Wer immer mit durchaus auch beachtlichen Motiven daran denkt, Mördern und Erpressern Schutz oder Hilfe zu gewähren, muß über seinen Irrtum nachdrücklich aufgeklärt werden. Der verantwortungsbewußte und aufmerksame Bürger gewinnt dadurch zugleich die Information, die er braucht, um das Treiben der Untergrundclique durch Hinweise an die Polizei zu erschweren, statt sich mit der ihm von den Tätern zugeordneten Statistenrolle zu begnügen.

Freilich darf dieser Staat in seinem erfolgreichen Bemühen nicht nachlassen, die Bürger von seinem Wert zu überzeugen und für seine Unterstützung zu gewinnen. Ständig verbesserte Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unerläßliche Elemente dieses Prozesses. Wer nicht die notwendige Reformbereitschaft aufbringt, wer gegenüber kritischen Fragen nach der gerechten Verteilung von Chancen und Gütern in unserer Gesellschaft harthörig auf das Bestehende verweist, schafft jene Unzufriedenheit, Verbitterung und letztlich Verzweiflung, die der politische Terror für seine Existenz braucht.

Alles politische Bemühen wird es uns auch beim besten Erfolg nicht ersparen, mit einem Restbestand zu allem entschlossener Desperados fertig zu werden. Hier haben Polizei und Justiz ihre Aufgabe, hier darf es keinen Mangel an Mitteln und hier darf es auch kein Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern geben. Die in diesen Tagen erneut bestärkte Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Bundes- und der Landespolizeien sollte von allen Beteiligten genutzt werden, um funktionsgerechte Dauerregelungen zu schaffen, die dem besonders gefährlichen Tätertyp des politischen Kriminellen eine einheitlich zugreifende Staatsgewalt gegenüberstellen. Denn Kriminelle sind sie, die ihren Machttrieb mit Mord und anderem Terror durchsetzen wollen, nicht besser als andere, die die gleichen Mittel um sonstiger Vorteile willen einsetzen.

(-/4.2.1975/bgy/pr)

+ + +

Gezürtes CDU-Verhältnis zur Demokratie

Filbingerer mißlungener Start in die Kernkraftwerkepoche

Von Claus Weyroete MdL

Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag

Mit ihrem Überhasteten und rigorosen Vorgehen bei der Durchsetzung der vorbereitenden Bauarbeiten für das im südbadischen Wyhl geplante 1.200-Megawatt-Kernkraftwerk hat die von Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger geführte baden-württembergische CDU-Landesregierung der Diskussion über die Notwendigkeit von Kernenergie in Baden-Württemberg einen Bärendienst erwiesen. Anstatt durch sachliche Aufklärung auch über die Risiken eines solchen Kernkraftwerkes einen Überzeugenden Modellfall für das Genehmigungsverfahren bei Kernkraftwerken zu schaffen, hat die Unions-Regierung mit Drohungen und massivem Polizeieinsatz gegen die Atomstromgegner die Basis zur betroffenen Bevölkerung verloren und dort Obrigkeitstaat praktiziert, wo umfassende und sachliche Aufklärung allein am Platz gewesen wäre.

Während Ministerpräsident Filbinger die aus Sorge um die Erhaltung ihrer natürlichen Landschaft protestierenden Bürger des Weinbaugebiets um den Kaiserstuhl als kommunistisch gesteuerte Mitläufer abstempelt und als Erfüllungsgehilfen ortsfremder politischer Extremisten diskriminiert, scheute er sich nicht, bei der Auseinandersetzung um den (inzwischen abgelehnten) Bau des Bleichemiewerks im elsässischen Marckolsheim bei der Pariser Regierung zu intervenieren, obwohl wenige Tage zuvor die Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, Annemarie Griesinger, im Stuttgarter Landtag erklärt hatte, daß von dem Bleichemiewerk keine gesundheitlichen Störungen der Bevölkerung zu befürchten seien. Mit seinem Protest gegen Marckolsheim wollte sich Filbinger offenbar eine Alibifunktion für

den Bau des Kernkraftwerkes im nur wenige Kilometer entfernten Wyhl verschaffen.

Der gegenüber der Bevölkerung des Kaiserstuhls unverhohlen demonstrierte Machtmißbrauch der Filbinger-Regierung hat erneut und mit aller Schärfe die gravierenden Schwächen des Energiekonzepts dieser Landesregierung dargelegt: Anstatt den künftigen Energiebedarf realistisch einzuschätzen, entwickelt die CDU eine unnötige Hast, die vorzeitige Investitionsbindungen notwendig macht und keine Zeit für die Prüfung neuer technischer Entwicklungen läßt. Anstatt ihr Hauptaugenmerk auf die Verabschiedung eines in sich geschlossenen, abgesicherten und vom Landtag akzeptierten Energieprogramms zu richten, unterläßt die CDU-Regierung in Nacht- und Nebelaktionen jede Möglichkeit des Parlaments, Kontrolle auszuüben und grundsätzliche Klärungen der Sachverhalte herbeizuführen. Auch zur Einparung von Energie vor dem Hintergrund der Steuerung der bekanntlich nicht unerschöpflichen Ressourcen hat diese Landesregierung unter Filbinger außer oberflächlichen Absichtserklärungen bisher nichts geboten. Nicht geklärt und ohne schlüssige Antwort von Seiten der Landesregierung bleiben die Fragen nach der Beseitigung und Verwendung von Abwärme sowie der Lagerung und dem Transport der radioaktiven Abfälle. Auch die Bedenken hinsichtlich der zu befürchtenden Veränderung des Kleinklimas in der Umgebung von Kernkraftwerken konnten bisher nicht zerstreut werden.

Man fragt sich, ob die derart schlecht gerüstete CDU-Landesregierung die von ihr selbst überhastet begonnene Fahrt in die Kernkraftwerkepoche heil überstehen wird. Die SPD-Opposition im Lande Baden-Württemberg - die diese Schwerpunkte mehrfach aufgezeigt hat - ist bereit, denn eine Energiepolitik und die daraus resultierenden Einzelmaßnahmen im Lande mitzutragen, wenn die CDU-Regierung ihr gestörtes Verhältnis zu der betroffenen Bevölkerung wieder konsolidiert, eine umfassende und für alle Bürger verständliche Aufklärung betreibt und Einzelaktionen außerhalb schlüssiger Gesamtberechnungen künftig unterläßt.

(-/4.3.1975/ks/pr)

+ + +

Kunst lebt nicht ohne Brot

SPD zieht erste Konsequenzen aus dem "Künstler-Report"

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Bildung und Wissenschaft

Inzwischen liegt "Der Künstler-Report" auch in der ausführlichen Buchfassung als vom Bericht der Bundesregierung unabhängige Veröffentlichung vor (Autoren Fohrbeck/Wiesand, 678 Seiten, Hanser Verleger München). In vielen Bereichen, auf Tagungen, lokalen und überregionalen Treffen zwischen Künstlern und Politikern, durch inoffizielle Anhörungen und Berichte in den Medien ist die soziale Situation der Urheber Wort, Bild und Ton einschließlich der Mitwirkenden in allen kulturellen Institutionen zu einem vieldiskutierten Thema geworden.

Der Bundeskanzler, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, der Parteivorsitzende der SPD, die Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie für Bildung und Wissenschaft führen Gespräche mit den Betroffenen. Fast könnte man sagen: Die Künstler haben in der Politik Saison. Wie bitter notwendig das ist, beweisen allerdings die Daten des Künstlerberichts und des Autorenreports. Niemand soll sich darüber hinwegtäuschen, daß es in der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Haushalte wie der Etatsituation bei ARD und ZDF schwierig ist, genau die sozialpolitischen Konsequenzen aus den vorliegenden Untersuchungen zu ziehen, die mehr als wünschenswert, nämlich erforderlich sind.

Als eine erste Reaktion auf den Künstlerbericht hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine spezifische Arbeitsgruppe Kultursozialpolitik gegründet. In ihr arbeiten Abgeordnete der Bereiche Arbeit und Sozialordnung, Bildung und Wissenschaft, Inneres, Finanzen, Städtebau, Auswärtiges zusammen. Zwölf SPD-MdBs haben sich dafür zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsgruppe wird in enger Kooperation mit den Organisationen in den kulturellen Gebieten und Medien sowie den zuständigen Bundesministerien zunächst drei Aufgaben besondere Aufmerksamkeit widmen: Verbesserung der Auftragslage für Künstler und Autoren, Sicherung ihrer sozialen Lage (Alters-

vorsorge, Krankenversicherung) und steuerliche Maßnahmen.

Ferner wird sich die Gruppe mit Fragen der Ausbildung von Künstlern und Autoren sowie mit der längerfristigen Aufgabe beschäftigen, erweiterte Berufsbilder und Kommunikationsformen für Gegenwartskunst nach den Vorstellungen der Betroffenen zu entwickeln. Denn immer überzeugender setzt sich bei Schauspielern, bildenden Künstlern, Musikern und Autoren die Auffassung durch: Kunst erschöpft ihre Aufgabe keineswegs als gesellschaftliche Stellvertretung im Sinn kultureller Repräsentanz, sie hat vielmehr zunehmend pädagogische Funktionen in den sozialen Zusammenhängen der Ausbildung und Weiterbildung, in Freizeit, Umweltgestaltung, Kontakten zu benachteiligten Gruppen und Rehabilitation.

Die öffentlichen und privaten Auftraggeber, die Künstler und Autoren beschäftigen - von Funk, Fernsehen und Bühnen über Presse und Buchverlage bis zum Kommunalprogramm "Kunst am Bau" -, unterliegen allesamt der Neigung, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zuerst bei den schwächsten Partnern, also den freiberuflichen Kreativen zu sparen. Dies wirkt sich gegenwärtig in vielen kulturellen Bereichen der Bundesrepublik, in Kommunen, Ländern und Überregionalen Institutionen für die Betroffenen existentiell besorgniserregend aus. Dementsprechend gibt es einen Trend zur festen Anstellung, der nahezu einem "Rette sich, wer kann" entspricht. Ohne die unabhängigen Künstler aber, ohne die freien Programm-Macher können die Massenmedien ihren Auftrag nicht erfüllen.

Es wäre unverantwortlich, bei Künstlern und Autoren zur Zeit außerordentliche Erwartungen an öffentliche Leistungen für ihre Berufsgruppen zu wecken. Die Regelung der sozialen Sicherung, die Verbesserung künstlerischer Existenzmöglichkeiten und damit die Integration in den demokratischen Sozialstaat haben die schöpferischen Berufe in der Bundesrepublik im öffentlichen Interesse seit langem verdient. Hier endlich einmal eine klare Priorität zu setzen, ist ein politisches Gebot der Stunde. Es erfordert im Übrigen wegen der unterschiedlichen Mehrheiten in Bund, Ländern und Kommunen eine Anstrengung in der Zusammenarbeit aller parlamentarischen Parteien.

(-/4.3.1975/ka/pr)

+ + +

Naive Schulbuchvoretellungen reichen nicht

Zu Ulrich Lohmars vieldiskutiertem Buch "Das Hohe Haus"

Sechzehn Professoren gehören dem siebenten Deutschen Bundestag an. Einer von ihnen, Dr. Ulrich Lohmar, Professor für Politische Wissenschaften und Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie, legte nach rund siebzehnjähriger Mitgliedschaft im Bonner Parlament die "Quittung" auf den Tisch des Hauses. In seinem Buch "Das Hohe Haus / Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit" (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1975) schildert er die schwachen Stellen im heutigen parlamentarischen System der Bundesrepublik. Schon im Untertitel deutet Lohmar seine kritische Tendenz an: Der Einfluß des Parlaments im Herrschaftsgefüge zwischen Regierung, Staatsbürokratie, Parteien und Wirtschaftsmächten ist weit entfernt von der Rolle, die die Verfassung für den Bundestag vorgesehen hat. In die Reihe der Feestschriften zum Vierteljahrhundert-Jubiläum des Bundestages hätte dieses unbequeme Buch sicher nicht gepaßt.

Sensationelle Enthüllungen enthält das Buch nicht, das meiste ist den Eingeweihten bekannt. Lohmar hat in seinem Buch viel informatives Material untergebracht, statistische Daten aus wissenschaftlichen Untersuchungen und reformorientierte Überlegungen von einigen seiner Bundestagskollegen von Abelein und Apel bis Schäfer und Schulte. So erfährt der Leser beispielsweise, daß in den letzten beiden Jahrzehnten nach jeder Bundestagswahl rund ein Drittel der Abgeordneten neu in das Parlament kam, daß hierdurch aber kaum erneuernde Faktoren in die Arbeit des Bundestages einfließen, weil die Neulinge fast eine ganze Legislaturperiode Zeit brauchen, um sich im Labyrinth der Bonner Landschaft zu orientieren. Gelingt ihnen die Kandidatur ein zweites Mal, was nach Lohmar wegen der zunehmenden Kontrolle durch die örtliche Parteibasis immer schwerer wird, so sind psychologische Mechanismen der Anpassung und Identifikation meist schon so weit in Gang, daß Reformbestrebungen nicht mehr besonders intensiv verfolgt werden. Den wenigen Abgeordneten, die nicht im Gestrüpp der politischen Beziehungen hängenbleiben, sondern die ursprünglichen Motive ihres Weges nach Bonn im Auge behalten, bleibt nach langjährigem Engagement oft nicht viel mehr als Resignation.

Die meisten Abgeordneten befinden sich in einem ständigen Wettlauf mit der Zeit, tägliche Arbeitszeiten von zwölf Stunden und die 80-Stunden-Woche sind nicht selten. Hinzu kommt ein wachsender Leistungsdruck durch den Zwang, die Flut der Informationen zu verarbeiten und umzusetzen. Im

Wettlauf um das aktuellste "Dienstwissen" hinkt der Abgeordnete ewig hinterher. Da die Fachleute in den Ministerien ein Vielfaches an Zeit und Kraft für Detailfragen aufwenden können, fallen ihnen oft auch die Kompetenzen für konkrete sachliche Entscheidungen zu. Nicht einmal der Haushaltsausschuß des Bundestages kann die Richtigkeit seiner Beschlüsse im einzelnen kontrollieren. Was den Bereich der vorausschauenden politischen Planungen betrifft, so findet Lohmar, daß sogar die Fachleute in den Ministerien von noch weiter spezialisierten Wissenschaftlern oder Forschern oder auch von Verbandslobbyisten "überfahren" werden, wenn diese gemeinsam auftreten.

Das "Hohe Haus" von Ulrich Lohmar bietet keine vollständige Information über den Deutschen Bundestag. Weitgehend ausgeklammert sind politisch bedeutsame soziokulturelle oder sozialpsychologische Determinanten, so daß die Betroffenen, Lohmars Kollegen, auch nach der Lektüre nicht so recht wissen dürften, wie das Hohe Haus seiner Verfassungsbestimmung wieder nähergebracht werden kann. Zur Erklärung der politisch-soziologischen Vorgänge hätte vielleicht auch noch die Tatsache ein wenig Aufmerksamkeit verdient, daß die 518 Abgeordneten des Bundestages von rund 1.600 Beamten, Angestellten und Arbeitern der Bundestagsbürokratie "verwaltet" werden. Ferner bleibt in Lohmars Analyse des Herrschaftsgefüges trotz der Aktualität des Buches (die Nominierung Helmut Schmidts zum Bundeskanzler ist berücksichtigt) die seit 1972 zu beobachtende Verschiebung politischer Entscheidungen auf einen "Seitenflügel des Hohen Hauses", auf den Bundesrat bzw. die von der Opposition regierten Länder und die Karlsruher Verfassungsrichter, ein wenig außerhalb des Blickfelds.

Dennoch sollte Lohmars Buch zur Pflichtlektüre werden für alle, die sich mit politischer Bildung im engeren oder weiteren Sinne beschäftigen. Denn mit den naiven Vorstellungen traditioneller Staatsbürgerkunde vom Prinzip der Gewaltenteilung und vom Verfassungsgebot, daß alle Gewalt vom Volke ausgehe, räumt dieses Buch endgültig auf. Der Gefahr, daß Lohmars "Enthüllungen" von Radikalen als "Argumente" für das Sprengen unseres Staatssystems mißbraucht werden könnten, wäre durch mehr freiwillige Transparenz und das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Re-Demokratisierung von Entscheidungen trotz aller Vielfalt und Kompliziertheit der politischen Probleme zu begegnen. Hier wiederum zeigt sich eine wichtige Aufgabe für die Abgeordneten selbst, vielleicht die wichtigste für ihre Zukunft.

Maria Grüner
(-/4.3.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller